

# Dossier Barbara Rosenkranz

<b>Kurzzusammenfassung</b> .....	1
<b>Allgemeine Informationen</b> .....	2
<b>Das sagt Barbara Rosenkranz zu</b> .....	3
... Amtsverständnis als Bundespräsidentin.....	3
... Familienpolitik .....	4
... Feminismus.....	6
... Rechtsextremismus .....	7
... Schengen-Abkommen .....	9
... Asyl in Österreich.....	10
... Zuwanderung .....	12
... Kriminalität in Österreich.....	15
... Horst Jakob Rosenkranz.....	16
... EU-Verfassung, Vertrag von Lissabon .....	17
... Politische Klasse .....	18
... Homo-Ehe.....	18
... Gender Mainstreaming .....	19
... Islam.....	19
... Minderheitenpolitik, Benes-Dekrete.....	20
... Drogenpolitik .....	21
... Kultur.....	21
<b>Vita Horst Jakob Rosenkranz</b> .....	22
Kommentare in Zeitungen und im TV.....	24

## Kurzbiografie



Geboren: 20.06.1958, Salzburg  
 Beruf: Hausfrau  
 Volksschule 1964–1968, Neusprachliches Gymnasium  
 (Matura) 1968–1976, Studium an der Universität Wien  
 (Geschichte, Philosophie) seit 1976; offenbar kein  
 Abschluss.  
 Abgeordnete zum Niederösterreichischen Landtag  
 1993–2002, Landesparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ  
 Niederösterreich 1996–2003, Landesparteiobfrau der FPÖ  
 Niederösterreich seit 2003, Landespartei sekretärin der  
 FPÖ Niederösterreich  
 1998–1999, geschäftsführende Klubobfrau des  
 Landtagklubs der FPÖ Niederösterreich 2000–2001,  
 Klubobfrau des Landtagklubs der FPÖ Niederösterreich  
 2001–2002, Obmann-Stellvertreterin des Freiheitlichen  
 Parlamentsklubs 27.10.2006–9.4.2008.

- ▶ Abg. zum Nationalrat (XXII. GP) F 20.12.2002– 27. 4.2006
- ▶ Abg. zum Nationalrat (XXII. GP) F-BZÖ 28. 4.2006– 29.10.2006
- ▶ Abg. zum Nationalrat (XXIII. GP) FPÖ 30.10.2006– 9. 4.2008

## Kurzzusammenfassung

Barbara Rosenkranz ist eine knallharte Rechte, die sich zwar ruhig und konstruktiv gibt und auch nicht zu Verbalinjurien neigt, ihre ideologischen Standpunkte aber bedingungslos vertritt. Sie kennt nur wenige Themen: Familien- statt Frauenpolitik, Ablehnung der EU, die Amalgamierung von Asyl, Zuwanderung und Kriminalität inklusive Drogenhandel sowie die Benes-Dekrete.



Hinsichtlich der Existenz von Gaskammern nahm sie bis vor kurzem zu der Ausrede Zuflucht, sie wisse das, was man von 1964 bis 1976 in Österreichs Schulen gelernt habe. Gaskammern zu leugnen, sei Teil des Rechts auf Meinungsfreiheit, das Verbotsgesetz sei verfassungswidrig. Sie selbst sieht sich ohne zu lachen „in der [gesellschaftlichen] Mitte“. – Nach massivem öffentlichen Druck gab sie in einer Pressekonferenz am 18. März 2010 widerwillig zu Protokoll: "Selbstverständlich hat es Gaskammern gegeben. Selbstverständlich hat es schreckliche Verbrechen gegeben. Kein vernünftiger Mensch stellt das in Frage". Am Abend zuvor noch brachte sie selbst auf mehrmaliges Nachfragen durch Eva Glawischnig das nicht über die Lippen.

**Zur Familienpolitik:** Der Feminismus ist ein Irrweg, Frauenpolitik muss familienfreundlich sein. Sie forciert Mütterpension, Familiensplitting und zahlreiche andere Maßnahmen, die Mütter zuhause halten. Diese Politik wird mit „Wahlfreiheit“ für Frauen verbrämt. Simone de Beauvoir und andere stehen für „rückwärtsgewandten Feminismus“ und sind daher abzulehnen.

**Zur Zuwanderung etc.:** Zuwanderung ist zu stoppen. Sie bringt sozialpolitische Belastungen, in demografischer Hinsicht sollen die Österreicherinnen gefälligst wieder mehr Kinder kriegen, familienpolitische Maßnahmen siehe oben. Sie setzt AsylwerberInnen konsequent mit Kriminellen gleich, hat mehrmals Erstaufnahmezentren an der Grenze zwecks rascher Abschiebung und Ausgangssperren in Traiskirchen gefordert. Für den Anstieg der Kriminalität in Österreich sind im Wesentlichen die Ausländer verantwortlich, nicht nur Asylwerber, sondern auch die Kriminaltouristen, die über die offene Schengengrenze zu uns kommen, weshalb Grenzkontrollen wieder eingeführt werden müssen. Drogenhändler sollen lebenslänglich bekommen.

Häufig ist ihre Rhetorik ein wenig von Verschwörungstheorien (politische Elite oder politische Klasse vs Volk oder auch die Umerziehungsabsichten einer kapitalistisch-marxistisch-feministischen Minderheit) geprägt. Zugleich ist aber ihr völlig pragmatisches Machtbewusstsein (siehe Report) nicht zu unterschätzen.

Barbaras Rosenkranz Ehemann Horst Jakob Rosenkranz ist einer der zentralen Player des organisierten Rechtsextremismus in Österreich. Von seinen Ansichten hat sie sich nie distanziert. Er war ein enger Vertrauter des NPD-Chefs Norbert Burger, Proponent der verbotenen Partei „Nein zur Ausländerflut“, Freund von Gottfried Küssel und fungiert bis heute als Herausgeber der „Fakten“.

1980 erreichte der Rechtsextremist Burger als UHBP-Kandidat etwas über drei Prozent. Heute legt es die FPÖ darauf an, die Dinge, für die Burger stand, als politischen, auch für bürgerliche Kreise akzeptablen Mainstream zu verkaufen und will damit mehr als ein Viertel der Stimmen (oder 35 %, wie Strache prognostizierte) zu gewinnen.

## Allgemeine Informationen

### **Clemens Otto (ORF)**

In Niederösterreich ist Barbara Rosenkranz schon jetzt überall präsent. In zwölf Tagen sind Gemeinderatswahlen. Bei der Präsidentenwahl wird sie sich die Plakate wohl mit Parteichef Strache teilen müssen. Dabei ist Rosenkranz gerne die unumstrittene Nummer eins, wissen Insider. Widerrede wird hart bestraft. So geschehen mit Helmut Leitner, frühere FPÖ-Lokalgröße. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er ein ehemaliges BZÖ-Mitglied aufgenommen hat. Ein Vorwand, sagt Leitner. Kritik sei im Rosenkranz-Umfeld einfach nicht erlaubt.

Dazu ein Unbekannte/r (Privat): *Die hat ein Präsidium, das sind ihre blauen Handpuppen, handverlesene Leute, die dienen, die liegen flach, Barbara befiehl, wir folgen. Ich kann es nicht anders*



sagen. Man hat mich explizit gewarnt, wie kannst du gegen die Barbara argumentieren. Wenn sie das so will dann hat das so zu geschehen.  
(Quelle: ORF, Report, 02.03.10)

Rosenkranz steht für **erkonservative Familienpolitik**, fährt eine **beinharte Linie in Ausländerfragen**, hält wenig vom **NS-Verbotsgesetz** und ist **Ehefrau von Horst Jakob Rosenkranz**, der als **Mitglied der später verbotenen neonazistischen NDP** einst einer der aktivsten Proponenten der rechten Szene war. Freilich: Rosenkranz selbst ist bisher noch nie durch laute Sprüche aufgefallen. Im Gegensatz zum Biertischgepolter ihrer Parteichefs (erst Jörg Haider, jetzt Heinz-Christian Strache) fallen ihre Stellungnahmen stets ruhig aus. Rosenkranz gilt als introvertiert und äußerst diszipliniert. Skandale sind ihre Sache nicht.

Still und unaufgeregt kletterte sie auch die politische Karriereleiter empor: 1993 kandidierte sie erstmals für den niederösterreichischen Landtag, 2002 wechselte sie ins Parlament nach Wien, 2003 übernahm sie nach einer desaströsen Wahlniederlage die nur noch aus Fragmenten bestehende niederösterreichische FPÖ. Ein Himmelfahrtskommando. Doch Rosenkranz war stets dort, wo die Partei sie brauchte - sie blieb der FPÖ auch treu, als sich Jörg Haider mit dem BZÖ, mit dem sie nie etwas anfangen konnte, abspaltete. Eine Treue, die belohnt wurde: Bei der Landtagswahl 2008 fuhr die wiedererstarkte FPÖ auch in Niederösterreich einen Erfolg ein und Rosenkranz selbst wechselte als Landesrätin von Wien nach St. Pölten.

Dass Rosenkranz in der Sache sehr unnachgiebig sein kann, bekam jüngst auch ihr Parteichef wieder einmal zu spüren: Neben dem Kärntner FPÖ-Chef war sie die einzige Blaue, die die Wiedervereinigung mit dem BZÖ nicht goutierte. Und im Nationalrat fiel Rosenkranz 2005 dadurch auf, dass sie als einzige Abgeordnete gegen die EU-Verfassung stimmte.  
(SN, Maria Zimmermann, 01.03.10)

Bei der Niederösterreich-Wahl 2008 verdoppelte sie als Spitzenkandidatin die Stimmen ihrer Partei auf mehr als zehn Prozent. Das dankten ihr ihre Anhänger im Bundesland nur bedingt: Am Landesparteitag Ende Februar wurde sie mit nur 86,6 Prozent - nach zuletzt zweimal 98,2 - wiedergewählt. "Man kann nicht immer alle Wünsche erfüllen", sagte sie dazu.  
(APA0263, 27.02.10)

Neuerdings zieht Barbara Rosenkranz alle Sympathien auf sich. Vom Holocaust-Leugner Gerd Honsik, der seinen Wahlauftritt für die FPÖ auf die neue Ikone der Rechten gründete, bis hin zu nationalen Akademikern wird Rosenkranz als eine Frau gefeiert, mit der Wahlen gewonnen und die Gesinnung hochgehalten werden könne. Das ergab eine Analyse rechtsextremer Publikationen, die Heribert Schiedel für sein Buch "Der rechte Rand", erschienen in der Edition Steinbauer, anstellte.  
(profil, Christa Zöchling, 05.11.07)

## Das sagt Barbara Rosenkranz zu ...

### ... Amtsverständnis als Bundespräsidentin

Rosenkranz: Wir unterhalten uns über die Details, wie wir die Einwanderung abwickeln. Doch diese Frage muss einmal von Grund auf diskutiert werden und das ist eine gute Gelegenheit dazu. [...] Als Staatsnotar hat der Präsident mit seiner Unterschrift zu bestätigen, dass ein Gesetz verfassungskonform zustande gekommen ist. Genau um diese Frage ging es bei der EU-Verfassung.

Presse: Die hätten Sie nicht unterschrieben?



Rosenkranz: Ich hätte agiert wie der deutsche Bundespräsident Köhler, der abgewartet hat, bis der Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe eine Meinung dazu gefunden hat.  
(Presse, 03.03.10)

Die freiheitliche Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, Barbara Rosenkranz, will auch in ihrem Wahlkampf ganz auf der FPÖ-Schiene fahren. So werden die Themen Europäische Union und Einwanderung ganz oben auf der Agenda stehen, kündigte sie Dienstagnachmittag an. Auch eine Wertedebatte über die Familie kündigte die zehnfache Mutter an. Auch die Frage der Zuwanderung will Rosenkranz thematisieren - staatstragender heißt es nun "über die Identität des Landes diskutieren". Dabei müsse man sich die Frage stellen, "wieweit Einwanderung im Land überhaupt möglich sein soll".  
(APA0565, 02.03.10)

## ... Familienpolitik

Gar nicht mehr lustig aber liest sich eine kürzlich veröffentlichte EU-Studie, in der Österreichs Sozialsystem deutlich kritisiert wird. Der lange Elternurlaub nämlich und großzügige Sozialleistungen seien eine "indirekte Hürde" für die Betreuung von Kindern in frühen vorschulischen Einrichtungen. Dass unsere kleinsten Kinder vorrangig in der Familie betreut werden, wird also als Fehler gesehen und entspricht nicht den Zielvorgaben der EU. Das müssen wir zurückweisen.  
(Krone-Leserbrief, 23.03.09)

Halbe-Halbe, wie von allen Frauenministerinnen gefordert, sei in ihrer Familie immer praktiziert worden, sagt Barbara Rosenkranz. Mehr noch: Je intensiver sie sich in der Politik engagiert habe, desto mehr an Familienarbeit habe ihr Mann übernommen. Ansichten einer modernen Politikerin, würde man sagen. Wenn da nicht vieles andere wäre, das die FPÖ-Politikerin ins rechte Licht rückt.  
(Kurier, Magdalena Rauscher-Weber, 28.02.10)

Geschlechtsspezifische Verhaltensweisen seien "nicht das Ergebnis patriarchalischer Unterdrückung, sondern Mädchen ziehen sich eben gerne schöne Kleider an, und Buben wollen kein Prinzessinnenkostüm". (Falter, Nina Horacek, 08.10.08)

"Statt beispielsweise den Pflegeberuf aufzuwerten, versucht man, Mädchen in technische Berufe zu drängen. Dadurch stehen immer mehr Frauen am Rand der Armut", bemerkt Rosenkranz. "Mütter sind davon besonders betroffen. Ihr Gehalt wird genauso versteuert wie das von kinderlosen Kollegen, obwohl sie für den Lebensunterhalt ihrer Kinder aufkommen müssen. Deswegen brauchen wir dringend das Familiensplitting im Steuerrecht, das berücksichtigt, wie viele Menschen von einem Gehalt leben müssen", so Rosenkranz. Auch die Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld belaste in erster Linie Frauen. Die wichtigste Forderung sei die Entscheidungsfreiheit. Rosenkranz: "Eine Mutter möchte schnell wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, eine andere will sich bis zur Kindergartenreife ganz ihren Kindern widmen. Beide sollen das ohne Einschränkung können. Selbstbewusste Weiblichkeit und glückliche Mutterschaft darf kein Widerspruch mehr sein."  
(OTS, 06.03.08)

Die Haltung der FPÖ sei hier glasklar: "Einwanderung stoppen und alle verfügbaren Mittel in das Sozialsystem investieren, um die Alterung der Bevölkerung finanzieren zu können, und die Familien bevorzugt fördern." Man müsse alle nur denkbaren Kraftanstrengungen unternehmen, um es den Österreichern wieder zu ermöglichen, Kinder zu haben, betonte Rosenkranz. Die Geburtenrate sei schließlich auch nichts naturgegebenes, an dem sich nichts ändern lasse. Den Auftrag der



Politik sieht die freiheitliche Familiensprecherin darin, die Rahmenbedingungen so festzulegen dass es so viele Kinder gebe, damit die eine Generation die andere ersetzen könne. Hier handle es sich um einen großen, existentiell wichtigen Arbeitsauftrag, bei dem die Zukunft unseres Landes auf dem Spiel stehe. (OTS, 30.10.07)

Rosenkranz kritisierte zudem den Ansatz der Regierung, die Kinderbetreuung so früh als möglich auszulagern und von den Müttern weg in Richtung Betreuungseinrichtungen zu verlagern. Es sei stichhaltig, dass Frauen, die sich auch der Betreuung ihrer Kinder widmeten, nicht den gleichen Einsatz im Erwerbsleben bieten könnten. "Unser Ansatz lautet jedoch anders", so Rosenkranz. "Wir sehen die Kinderbetreuung als Wert per se und setzen uns für eine echte Wahlfreiheit ohne ökonomische Zwänge ein." Das entspräche auch tatsächlich dem Wunsch der Mütter. Sie appellierte an die Regierung, sich die Lebenswirklichkeit der Frauen zum Vorbild zu nehmen. (OTS, 27.09.07)

Wie von der FPÖ schon mehrfach festgestellt, würden auch führende Kinderpsychologen und Bindungstheoretiker dem Tagesmutter-Modell aus entwicklungsbiologischen Erwägungen gegenüber einer Betreuung in der bis zu 15 Kinder umfassenden Kinderkrippe den Vorzug geben. "Diesem Wunsch kann ein flächendeckendes Netz an Tagesmüttern eher gerecht werden als zentrale Kinderbetreuungseinrichtungen in Form von Kinderkrippen. Weiters wirkt sich die Tätigkeit als Tagesmutter auch positiv in finanzieller Hinsicht aus. Viele Mütter könnten sich als Tagesmutter ein berufliches Standbein neben der Betreuung der eigenen Kinder schaffen." (OTS, 07.08.07)

Man benötige beim Kinderbetreuungsgeld keine Erhöhung der Zuverdienstgrenze, sondern deren Abschaffung, betonte heute FPÖ-Familiensprecherin Barbara Rosenkranz, die sich auch dafür aussprach, das Kinderbetreuungsgeld generell auf drei Jahre auszuweiten, und zwar auch für allein erziehende Mütter oder Väter und für Alleinverdiener. Die Regierung solle endlich damit aufhören, Österreichs Eltern erziehen zu wollen. Diese seien im Regelfall schließlich mündige Erwachsene. Die freiheitliche Familiensprecherin bezeichnete es als völlig absurd, dass Eltern quasi "bestraft" würden, weil ein Elternteil die gesamte Kinderbetreuungszeit beanspruchen wolle. Diese Regelung sei völlig familien- und partnerschaftsfeindlich. (OTS, 14.06.07)

Als völlig absurd bezeichnete FPÖ-Familiensprecherin Barbara Rosenkranz den Vorstoß der stellvertretenden grünen Bundesobfrau Eva Glawischnig, Abtreibungen künftig auf Krankenschein durchzuführen. "Kinder sind keine Krankheit, sondern das Wertvollste, das wir haben", mahnte Rosenkranz energisch. "Wir Freiheitliche stellen uns dieser lebensfeindlichen Einstellung klar entgegen." "Die Verharmlosung des Schwangerschaftsabbruchs in der öffentlichen Debatte befreit keineswegs die betroffenen Frauen von der psychischen Last, vielmehr wird vielen Frauen erst im Nachhinein schmerzhaft bewusst, worauf sie sich eingelassen haben. Es ist hoch an der Zeit, diese unmenschliche Kultur des Todes zu überwinden, und alternative Auswege zu öffnen", schloss Rosenkranz. (OTS, 12.04.07)

Rosenkranz sieht diese Entscheidungsfreiheit momentan nicht gegeben. "Durch wirtschaftliche Zwänge und einseitige Förderungen werden Frauen vielfach dazu gebracht, sich früher von ihren Kindern zu trennen, als ihnen lieb ist." Die Ursache für diese Bevormundung sieht Rosenkranz darin, dass die Mutterrolle der Frau nicht in das Weltbild der Feministinnen passt. Sie würden Kinder nur als Karrierehindernis wahrnehmen, und forderten allein deshalb eine einseitige Förderung der Betreuung außer Haus. Wer allerdings Frauen fragt, was diese wirklich wollen, bekomme eine ganz andere Antwort: "Nur 9% der Frauen wollen Vollzeit arbeiten, solange sie Kinder unter



6 Jahre haben, 49% wollen Teilzeit arbeiten und 42% würden bis zum Schuleintritt gerne ganz zu Hause bleiben", erläutert Rosenkranz anhand einer Studie von Richard Gisser vom Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

(OTS, 06.03.07)

Angesichts des enormen Geburteneinbruches in Österreich forderten heute FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache sowie seine Stellvertreterin Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz die Wiedereinführung des Geburtengeldes. Dieses solle, so Strache und Rosenkranz, 1.500 Euro für jedes neugeborene österreichische Kind betragen. "Wie seriöse Studien zeigen, kostet Zuwanderung mehr als sie bringt. 13% der österreichischen Wohnbevölkerung - das ist mehr als 1 Million Menschen - sind nicht in Österreich geboren. Würde "Migration" eine Lösung sein, wäre die Finanzierung des Sozialstaates kein Thema."

(OTS, 22.03.06)

Die freiheitliche Familiensprecherin Barbara Rosenkranz begrüßte heute die Aussagen des Vorarlberger FPÖ-Obmanns Egger zum Familienwahlrecht. "Das ist ein Vorschlag, den man sicher aufgreifen kann."

Wie Rosenkranz erklärte, sei dies ein Anliegen, das über alle Parteigrenzen hinweg gesehen werden müsse. Dies zeige auch das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, wo Mandatare von den Grünen bis hin zur CSU positiv über dieses Thema diskutieren würden.

Österreich solle sich daran ein Beispiel nehmen. Das Familienwahlrecht bezeichnete Rosenkranz als Aufwertung der Familie in der Gesellschaft.

(OTS, 21.04.05)

## ... Feminismus

„Der **Feminismus ist ein Irrweg**. Es wäre dringend notwendig, ein zeitgemäßes Frauenbild zu entwickeln, das nicht im Gegensatz zur Mütterlichkeit steht.“

(Presse, 03.03.10)

Anerkennung für Frauen statt "Geschlechterkrieg"

[...] Vor allem der unverzichtbare Beitrag, den Frauen mit der Betreuung ihrer Kinder und in der Pflege alter oder kranker Angehöriger erbringen, muss endlich die verdiente Würdigung erfahren. [...]

Die Berücksichtigung der Kinderkosten im Steuerrecht und eine gerechte Altersabsicherung für Mütter sind vordringliche Anliegen im Interesse vieler Frauen. Die meisten Frauen haben allerdings längst erkannt, dass der Feminismus ihnen dabei nicht weiterhilft. [...]

So wollen wir nicht vertreten sein! Kein Wunder, dass sich auch immer weniger junge Frauen vor den Streitwagen der Feministinnen spannen lassen wollen.

(Krone-Leserbrief, 04.05.09)

Die veraltete Weltsicht von Simone de Beauvoir könne wohl kaum zukunftsweisend sein, meinte heute FPÖ-Familiensprecherin NAbg. Barbara Rosenkranz zu den Aussagen von Ministerin Bures. Ein Gesellschaftsprogramm, das auf Kinderlosigkeit aufbaue, sei kein Überlebensprogramm, sondern ein Programm, um das Ende einer



Gesellschaft herbeizuführen. Simone de Beauvoir war nämlich der Meinung, dass Frauen prinzipiell keine Kinder bekommen sollten und bezeichnete in ihrem Buch "Das andere Geschlecht" die Frau in der Schwangerschaft als "ein mit Flüssigkeiten gefülltes Objekt". Dieser dumpfe rückwärtsgewandte Steinzeit-Feminismus gehöre endlich überwunden, meinte Rosenkranz. Ganz im Gegenteil müsse man Maßnahmen setzen, die es Frauen ermöglichten, ein selbstbestimmtes Leben mit der Mutterschaft zu versöhnen. Nur so könne man auch eine lebenswerte Gesellschaft bilden und erhalten. Daher müsse man schleunigst daran gehen, nicht die Mutterschaft abzuschaffen, sondern alle Benachteiligungen, die Frauen daraus entstünden. Es sei sehr bedauerlich, wenn sich die Frauenministerin am Gestern orientiere und nicht am Morgen. Sich Simone de Beauvoir zum Vorbild für heutige und morgige Politik zu nehmen, sei ungefähr das gleiche, als würde ein Physiker behaupten, die Sonne drehe sich um die Erde, meinte Rosenkranz.  
(OTS, 08.01.08)

## ... Rechtsextremismus

Rosenkranz im Ö1-Morgenjournal-Interview auf die Frage, ob es Gaskammern gegeben hat: "Ich habe das Wissen, das ein Österreicher [hat], der zwischen 1964 und 1976 in österreichischen Schulen war, daran habe ich keine Änderung vorzunehmen."  
Das seien Chiffren, die von Holocaust-Leugnern verwendet und in der rechtsextremen Szene klar verstanden würden, so der Grüne Kogler. Der Historiker Bertrand Perz meint dazu, dass Rosenkranz ihr Schulwissen quasi als Ausrede benutze, um sich nicht festzulegen. Zwischen 1964 und 1976 seien Konzentrationslager und Gaskammern nämlich in den meisten Schulen gar kein Thema gewesen.  
(Abendjournal, 03.03.10)

Ich sehe die Kreise, in denen ich mich bewege, nicht als rechtsextrem. Ich sehe mich in der Mitte. Was meinen Mann betrifft: Er ist vollkommen unbescholten und ich ersuche dringend, ihn nicht in einem falschen [rechtsextremen] Licht darzustellen. [...] Ich habe kein Problem mit meinem Umgang.  
(ZiB 2, 02.03.10)

2006, als ein Parteifreund die Existenz von Gaskammern leugnete, verteidigte sie das als "freie Meinungsäußerung"; im selben Jahr bekam sie von Neonazi Gerd Honsik eine Wahlempfehlung ("Ich vertraue ihr"); und bis ins Vorjahr trat die Landesrätin bei den "Kärntner Kulturtagen" auf. Ohne Bedenken referierte sie da vor ausgesuchten Rechtsextremen, die etwa die Nazi-Verbrechen als "historische Vorgaben" anzweifeln und es als fast logisch empfinden, dass die "Lehman Brothers" Schuld an der Wirtschaftskrise hatten - immerhin handelte es sich um "einst fränkische Juden".  
(Kurier, Christian Böhmer, 02.03.10)

Zweifelhafte Berühmtheit erlangten vor allem die Sonnenwendfeiern der Familie Rosenkranz, nachdem dort regelmäßig Proponenten der extrem rechten Szene gesichtet wurden. Bei einem dieser Feste ist übrigens auch Ewald Stadlers umstrittener Sager von der "angeblichen Befreiung 1945" gefallen. Rosenkranz gab sich auch schon bei so manchem Stelldichein stramm rechter europäischer Parteien die Ehre.  
Die Namen ihrer Kinder zwischen acht und 30 lassen übrigens kaum Zweifel an der deutschnationalen Gesinnung der Eltern: Hedda, Horst, Arne, Mechthild, Hildrun, Volker, Sonnhild, Alwine, Ute und Wolf. "Es kann ja nicht jeder Kevin heißen", konterte Rosenkranz einst im SN-Gespräch auf Nachfrage gelassen. (SN, Maria Zimmermann, 01.03.10)



So eröffnete sie 2000 auf der Burg Kranichberg ein Treffen europäischer rechtsextremer Parteiführer. Das bringt ihr Applaus von gewisser Seite, aber viel Skepsis von bürgerlichen Wählern. (Kurier, Magdalena Rauscher-Weber, 28.02.10)

Bekannt ist auch ihre ablehnende Haltung zum Verbotsgesetz, das sie "verfassungswidrig" nannte. Zweifel an Gaskammern gehörten zudem zur "freien Meinungsäußerung". (APA0263, 27.02.10)

Der WKR-Ball, der durch die politischen Attacken auf Graf ebenfalls in Misskredit gebracht werden soll, ist für Rosenkranz eine der stilvollsten gesellschaftlichen Veranstaltungen in Wien. Auch heuer waren daher zahlreiche namhafte Persönlichkeiten unter den Gästen - nicht nur aus der Politik, sondern auch aus der Wissenschaft und aus Diplomatenskreisen. "Frau Prammer muss aufpassen, dass sie mit ihrem Rundumschlag nicht auch noch außenpolitische Spannungen heraufbeschwört. Die Botschaftsangehörigen werden keine Freude haben, wenn sie von der Präsidentin des österreichischen Nationalrats als Rechtsextremisten verunglimpft werden." (OTS, 02.02.10)

Im April 2004 verteidigte Rosenkranz den RFJ-Bundesobmann Johann Gudenus, als dieser von "systematischer Umvolkung" sprach. Bei einer Sonnwendfeier im selben Jahr forderte sie, "die Gesetze, die in der Natur zu finden sind (...), der Gestaltung unseres Gemeinschaftslebens" zugrunde zu legen. (profil, Christa Zöchling, 05.11.07)

Die FPÖ-Sicherheitssprecherin, NAbg. Barbara Rosenkranz äußerte sich heute negativ zum Vorschlag von Innenministers Platter, eine Präventivhaft für jene Hooligans, die schon einmal gewalttätig geworden sind, einzuführen. Selbstverständlich wären die gewalttätigen Ausschreitungen rund um große Sportveranstaltungen äußerst unerfreulich. Die angedachte Zwangsmaßnahme wäre allerdings nicht zu rechtfertigen, da die Exekutivbeamten bestens ausgebildet seien, um die Sicherheit bei derlei Veranstaltungen zu gewähren. Rosenkranz stellt fest, dass damit erstens Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen getreten würden und zweitens könnte man annehmen, dass hier mit zweierlei Maß gemessen werden soll, da nicht für jede Person, die schon einmal gewalttätig geworden ist, eine Präventivhaft angedacht worden ist. (OTS, 09.03.07)

Kritik üben die Grünen an den Aussagen der stv. Parteiobfrau der FPÖ, Barbara Rosenkranz, im heutigen ORF-Mittagsjournal. Für Rosenkranz fallen die Aussagen von FPÖ Bundesrat Siegfried Kampl ("alle Deserteure sind Mörder") und die Aussagen von FPÖ Bundesrat John Gudenus ("Es gab Gaskammern, aber nicht im Dritten Reich. Sondern in Polen. So steht es auch in Schulbüchern...") unter "freie Meinungsäußerungen". "Damit stellt Rosenkranz den Beiden einen Freibrief für ihre Entgleisungen aus", so der stv. Klubobmann der Grünen, NAbg. Karl Öllinger. (OTS, 26.08.06)

Der Standard: "In den Fakten wird die Abschaffung des Verbotsgesetzes gegen nationalsozialistische Wiederbetätigung gefordert. Teilen sie diese Forderung?"  
Antwort: "Dazu muß man sagen, und das ist ja nicht nur meine Meinung, das haben auch Beamte des Justizministeriums so gesehen, daß es keine günstige Lösung ist, Meinungen zu verbieten." [...]



"Gelegentlich" habe sie "schon etwas gelesen", was ihr Mann verlege. Was sie davon halte? "Ich kann nicht päpstlicher sein als der Papst. Nachdem der Staatsanwalt nichts dran findet, kann ich auch nichts dran finden." Wenn die Fakten zu Spenden für inhaftierte Neonazis aufrufe, sei das "strafrechtlich nicht relevant". Mehr könne sie dazu nicht sagen.

(Standard, Thomas Mayer, 03.04.93)

Auch für die Fünfte auf der FP-Liste, Barbara Rosenkranz (35), könnte Honsik kein Unbekannter sein, kandidierte er doch 1990 als Listenzweiter auf einer wegen Wiederbetätigung untersagten Wahlliste Nein zur Ausländerflut. Deren Spitzenkandidat: Jakob Horst Rosenkranz (49), der Gatte der FPÖ-Kandidatin und natürlich Teilnehmer beim Begräbnis Norbert Burgers im vergangenen Oktober.

(Standard, 02.04.93)

## ... Schengen-Abkommen

Wann wird Österreich endlich in Brüssel mit dem Hinweis auf die explodierende Kriminalität die Aussetzung des Schengenvertrags anmelden und die Grenzkontrollen wieder aufnehmen?

(Krone-Leserbrief, 18.01.10)

Dabei liegt die Lösung auf der Hand! Die SOKO Ost soll aus zusätzlich aufgenommenen Polizisten gebildet werden, die speziell zur Einbruchsbekämpfung ausgebildet werden. Für die Zeit ihrer Ausbildung braucht es schnelle Maßnahmen: Österreich setzt das Schengener Abkommen aus und kontrolliert wieder die Ostgrenze. Erst wenn die neue, schlagkräftige Einheit ihren Dienst aufnimmt, können wir die Kontrollen wieder lockern. Wenn es um die Sicherheit der Bevölkerung geht, brauchen wir keine halben Sachen, sondern wirksamen Schutz vor Verbrechern!

(Krone-Leserbrief, 09.07.09)

"Um sich gar nicht erst in die Notlage problematischer Abschiebungen begeben zu müssen, gibt es einen sehr einfachen und wirkungsvollen Weg: Schengen aussetzen und die Kontrollen an den österreichischen Ostgrenzen sofort wieder aufnehmen. Hier sind sowohl der ÖVP-Innenminister als auch Landeshauptmann Erwin Pröll gefordert", führt Rosenkranz aus, um abschließend festzuhalten: "Es ist nicht einzusehen, daß die Österreicher für das Versagen der Regierung bezahlen müssen. Wie im Fall der Tschetschenen aus Traiskirchen, die, statt abgeschoben zu werden, nach Wien überstellt und in Schubhaft genommen wurden und dort auf Steuerzahlerkosten weiter betreut werden müssen."

(OTS, 11.01.08)

Die Schengen-Erweiterung komme zu früh, betonte Rosenkranz. Schengen funktioniere noch nicht einmal mit den bereits im Schengenraum benachbarten Ländern wie Italien. Dies belege auch der Jahresbericht 2006 über organisierte Schlepperkriminalität. 2006 habe es 26.321 festgestellte rechtswidrig eingereiste bzw. aufhältige Personen in Österreich gegeben. Bei den Grenzübertrittsländern zu Österreich führe Italien mit 46,7% deutlich vor Deutschland mit 10,3%. Nicht einmal die "alten" Schengenländer könnten die Außengrenze sichern.

(OTS, 18.06.07)



## ... Asyl in Österreich

Zurzeit lautet das Prinzip des österreichischen Asylrechts: Jeder, der kommt, kann bleiben. Notwendig ist eine grundsätzliche Wende: Asyl kann nur dem tatsächlich Verfolgten gewährt werden, die anderen müssen das Land wieder verlassen.

(Krone-Leserbrief, 14.12.09)

"Angesichts der hochschnellenden Zahl straffällig werdender Asylwerber und, parallel dazu, österreichischer Opfer - die dieses Täterfördersystem auch noch finanzieren dürfen - müssen markante Änderungen der Gesetzeslage her", fordert Rosenkranz. "Neben dem längst überfälligen Neuerungsverbot, das ausschließt, dass mit immer neuen Fluchtgeschichten Verfahren verschleppt werden und daraus womöglich noch ein Bleiberecht abgeleitet wird, muss auch grundsätzlich klargestellt werden, dass für Straftäter kein Asylverfahren geführt wird. Wenn internationale Verträge und Verpflichtungen das angeblich nicht erlauben, müssen sie überarbeitet und an die Herausforderungen unserer Tage angepasst werden." (OTS, 05.12.07)

Die gestern zwischen Türken und Kurden in Wien ausgetragene Massenschlägerei beweist für Rosenkranz unwiderlegbar die unhaltbare Integrationslüge, mit der man seit Jahr und Tag versuche, den Österreichern Sand in die Augen zu streuen. "Integration findet nicht statt", stellt Rosenkranz fest. "Im Gegenteil. Die Zuwanderer bringen ihr traditionelles Weltbild und damit alle mit diesem in Zusammenhang stehenden Konfliktpotentiale mit zu uns. Sie denken nicht im Traum daran, sich unseren Gepflogenheiten, zu welchen an vorderster Stelle auch die friedliche Austragung von Konflikten zählt, anzupassen." "Die Prügelei in Wien war ja kein Einzelfall", erinnert Rosenkranz, "sondern ein Stein mehr in einem Mosaik, das das Ergebnis der Verweigerung politischer Verantwortung darstellt. In Österreich leben 1,3 Millionen nicht in unserem Land geborene Menschen. Wir müssen besser heute als morgen einsehen", so die FPÖ-Sicherheitsprecherin abschließend, "dass wir uns übernommen haben. Den Österreichern weiterhin die heile Welt vorzugaukeln, während rundum die Fäuste fliegen, ist grob fahrlässig. Der gestrige Vorfall bestätigt nachdrücklich die FPÖ-Forderung nach einem sofortigen Zuwanderungsstopp." (OTS, 05.11.07)

"Durch medial inszenierte Einzelfälle soll ein dauerhaftes Bleiberecht für Scheinasylanten erzwungen werden", warnt FPÖ-Sicherheitsprecherin NAbg Barbara Rosenkranz. "Politiker, interessierte Anwälte und NGOs finden im ORF einen willigen Transporteur ihrer ideologischen Kampagnen, die ein sich über gültige Gesetze hinwegsetzendes Bleiberecht zur Folge hätten, das den Rechtsstaat ad absurdum führt und dem Asylgedanken widerspricht." Schlussendlich trügen Asylanwälte und ein willfähiges, Halbwahrheiten verbreitendes mediales Interpretarium maßgeblich zur Infragestellung gesetzlich klar geregelter Sachverhalte bei. "Herr Blum, der Anwalt der Familie Zogaj, ist Mitglied im mit öffentlichen Mitteln finanzierten Netzwerk Asylanwalt. Einer Organisation, deren Ziel die Etablierung eines allgemeinen Bleiberechts ist, das sowohl



den NGOs als auch Anwälten wie Herrn Blum langfristig gute Geschäfte garantierte. Der ORF tut das seine, diese Geschäftemacherei auf dem Rücken der Österreicher zu ermöglichen, indem er den Vertretern am Rande der Legalität agierender Organisationen ein breites Podium bietet", so Rosenkranz.  
(OTS, 10.10.07)

Um Beschleunigungen und Vereinfachungen in den Asylverfahren umsetzen zu können, fordert die FPÖ ein klares Verbot von Neuerungen sowie ein Mitwirkungsverbot, welches diversen selbsternannten Hilfsorganisationen nicht mehr ermöglichen würde, für kriminell gewordene Asylwerber einen Aufenthaltstitel zu erwirken. Der Rechtsstaat würde dadurch nämlich ad absurdum geführt, stellt Rosenkranz fest.  
"Es kann nicht gehen, dass ein Asyltitel automatisch zu einem Einwanderungstitel wird", konkretisiert Rosenkranz und erwähnt nachdrücklich, dass Asyl ein Recht sei, welches gewährt wird, während wir über die Einwanderung nach Österreich nur im Interesse des Landes entscheiden würden. Einwanderung könne niemals als ein Recht eines Einzelnen gesehen werden.  
(OTS, 29.05.07)

"Es kann wohl nicht angehen, daß es schon beinahe zur Routine wird, jeden Tag über Massenschlägereien und andere Gewalttaten im Lager Traiskirchen zu lesen", empörte sich heute die freiheitliche Nationalratsabgeordnete und Obfrau der FPÖ Niederösterreich Barbara Rosenkranz.  
Rosenkranz verwies darauf, daß Tschetschenen, aus denen sich der Hauptteil der Gewalttäter rekrutiere, nirgendwo anders in Europa noch als Asylwerber anerkannt würden. Daher kämen nahezu alle nach Österreich. "Innenministerin Prokop soll das gefälligst abstellen", verlangte die freiheitliche Abgeordnete. "Wir können schließlich nicht zulassen, daß Österreich zum tschetschenischen Schlaraffenland wird."  
(OTS, 16.02.06)

Asyl ist bei weitem nicht mehr Schutz für wirklich Verfolgte, sondern ein billig vergebener Titel, der jenen, die an der Zuwanderungsquote scheitern, Aufenthalt und Versorgung in Österreich garantiert. [...] 12.496 "tatverdächtige Asylwerber" sind 2005 ins Visier der Exekutive geraten, das ist die Hälfte aller Fremden, die im vorigen Jahr in Österreich einen Asylantrag gestellt haben.  
(Krone-Leserbrief, 07.02.06)

Die Sicherheit der Bevölkerung müsse an erster Stelle stehen, betonte Rosenkranz. Ein Mißbrauch des Asylrechts sei nicht zu tolerieren. Innenminister Strasser müsse hier für klare Verhältnisse sorgen. Als ersten Schritt verlangte Rosenkranz, eine strenge Hausordnung für das Lager Traiskirchen zu erlassen, um kriminelle Umtriebe ausschließen zu können. Auch einer nächtlichen Ausgangssperre steht Rosenkranz grundsätzlich positiv gegenüber.  
(OTS, 04.08.04)

Die skandalösen Vorfälle in Traiskirchen hätten ihren Ursprung nicht zuletzt in der vermehrten illegalen Einwanderung und einem damit verbundenen verstärkten Drogenhandel, stellte heute die freiheitliche Klubobfrau im NÖ Landtag, Barbara Rosenkranz, fest.



"Wir wollen nicht länger tatenlos zusehen, wie das Asylrecht mißbraucht und unsere Jugend durch Suchtgift ruiniert wird!" [...] So weise die offizielle Statistik seit 1. Jänner 1998 74.300 Asylanträge auf, wobei bis zum heutigen Tag lediglich 4.928 positiv erledigt worden wären, offen seien noch 12.915 Verfahren. Negative Bescheide erhielten 12.660 Antragssteller. Rosenkranz: "Der Rest von 43.797 ergibt sich vor allem durch Antragsteller, die inzwischen untergetaucht sind. Der 11. September sollte auch dem Innenminister klar gemacht haben: " Wir müssen endlich wissen, wer sich in unserem Land aufhält", schloß Rosenkranz.  
(OTS, 20.11.01)

## ... Zuwanderung

*Rosenkranz Barbara (FPÖ)*

Ich denke dass die Zuwanderung, über die eben nie beschlossen worden ist der letzten 2 Jahrzehnte, das Ausmaß längst überschritten hat das für unseren Staat zuträglich ist.

*Kernmayer Ernst (ORF)*

Heißt das Zuwanderungsstopp?

*Rosenkranz Barbara (FPÖ)*

Natürlich.

(ORF, Report, 02.03.10)

Einladung zur Pressekonferenz "FPÖ Antrag: Keine Minarette in NÖ", mit LR Rosenkranz und KO Waldhäusl - Utl.: Schweiz als Vorbild für Niederösterreich  
(OTS, 01.12.09)

"Angesichts der derzeitigen Arbeitslosenzahlen sind nachhaltige Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung bzw. Neuschaffung erforderlich. Die Erteilung einer Arbeitsbewilligung für Asylwerber würde bedeuten, dass es einerseits zu einer enormen Überkapazität von Arbeitskräften bei weniger hoch qualifizierten Stellen kommen würde. Andererseits hätte diese Maßnahme auch eine Sogwirkung und würde noch mehr Menschen dazu ermutigen über die Asylschiene in unser Land zu kommen. Das wäre ein vollkommen falsches Signal!", so Rosenkranz.  
(OTS, 02.09.09)

"In wirtschaftlich schweren Zeiten wie diesen ist es verantwortungslos, die Österreicher zusätzlichen Belastungen durch Einwanderung auszusetzen. Vielmehr müsse man darauf achten, dass in erster Linie Österreicher von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen profitieren. Rosenkranz empfiehlt der Regierung, in das von Sozialisten regierte Spanien zu blicken. Dort wird Gastarbeitern und Einwanderern, die in ihre Heimat zurückkehren, mit der Rückerstattung der eingezahlten Sozialversicherungsbeiträge ein großzügiges Rückkehrangebot gemacht. "Nicht ein weiterer Einwanderungsanreiz, sondern ein großzügiges Rückkehrangebot ist das Gebot der Stunde!" so Rosenkranz abschließend. (OTS, 11.03.09)

Rosenkranz kritisierte vehement, dass das von der Regierung immer noch nicht verstanden worden wäre. "Ein Einwanderungsland wird man



nicht durch Fakten - einfach nur dadurch, dass Menschen zuwandern, sondern wenn man aktiv um diese Menschen wirbt. Wenn man aktiv Vorgaben macht, welche Qualifikationen gebraucht werden." Die weiteren Vorschläge, mehr Personen mit Migrationshintergrund im Bundesdienst unterzubringen, sieht Rosenkranz als Versuch, die in Wahrheit schon längst gescheiterte multikulturelle Gesellschaft doch noch auf Biegen und Brechen zu etablieren. Außerdem widerspreche die Bevorzugung von Personen aufgrund ihrer Herkunft dem Gleichheitsgrundsatz und sei mit der österreichischen Bundesverfassung definitiv unvereinbar. (OTS, 22.01.08)

"Es ist tatsächlich ein schwerwiegender Irrtum der Politiker zu glauben, Moslems hätten ein Selbstverständnis ihrer Religion wie beispielsweise Taufschein-Christen. Der Islam ist eine politische Ordnung - ein politisches System mit eigener Rechtsordnung, der Scharia", verdeutlichte Rosenkranz. "Deshalb sagen wir ganz klar: Keine Machtsymbole, welche beispielsweise Moscheen eindeutig darstellen."

Anhand zahlreicher Beispiele sei zu belegen, dass die rücksichtsvolle - im Wesentlichen feige - Gangart gegenüber Menschen und ihren Taten, welche unsere Regeln nicht befolgen wollen, eigentlich ein Zeichen von Schwäche sei. Rosenkranz nannte als Beispiel drei türkischstämmige Bundesheersoldaten, welche den Gruß der österreichischen Flagge verweigern durften oder Mädchen, die aus religiösen Gründen den Schwimmunterricht nicht besuchen müssen. "Wer seine Regeln und Symbole nicht schützt, kann nicht erwarten, dass er geachtet wird."

"Die Islamisierung Österreichs ist zu stoppen", so Rosenkranz. Deshalb fordere die FPÖ einen Zuwanderungsstopp, damit - wie von zahlreichen Wissenschaftlern bestätigt - der Islam in Österreich nicht zur Mehrheit werde. Abschließend bezog sie Stellung zu den freiheitlichen Forderungen, wonach unsere Regeln für alle zu gelten haben. Straffällig gewordene Zuwanderer hätten das Land zu verlassen. (OTS, 19.09.07)

Die seit mehr als vier Jahrzehnten betriebene und massiv von den Sozialdemokraten mitgestaltete Familienpolitik hätte zu einem Geburtenrückgang geführt, anstatt Anreize zu eigenen Kindern zu bieten, äußerte Rosenkranz. Die freiheitlichen Positionen würden sich eindeutig konträr dazu darstellen: "Einwanderungsstopp und so viele Kinder, dass die Generationen ersetzt werden können."

"Die laufend sinkende Geburtenrate kann durch Zuwanderung keinesfalls kompensiert werden", betonte Rosenkranz. Die Geburtenrate müsse erhöht werden.

"Die Kernaussage unseres Konzeptes lautet ‚Zukunft der Österreicher‘", formulierte Rosenkranz im Hinblick auf die sich abzeichnende Entwicklung einer Parallelgesellschaft in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Es wäre ein massiver Anstieg der Kriminalität festzustellen, und diese würde durch die Fehlentwicklung in der Zuwanderungspolitik aktiv importiert werden, stellte Rosenkranz fest. (OTS, 16.01.07)



Zum einen ist durch europäische Studien hieb- und stichfest belegt, dass Zuwanderung die Sozialsysteme nicht stützt, sondern gefährdet. Dieser Befund deckt sich mit unserer Erfahrung. In Österreich leben mittlerweile acht Millionen Menschen, 1,3 Millionen sind nicht in unserem Land geboren. Könnte Zuwanderung den Sozialstaat retten, müssten unsere Sozialkassen zum Bersten voll sein. Das Gegenteil ist wahr. Zuwanderung oder Sozialstaat - das ist die Alternative. [...]

Jetzt ist es höchst an der Zeit, dass die Gesetze und Verordnungen, die Zuwanderung begünstigen, zurückgenommen werden.

(Krone-Leserbrief, 09.06.06)

"Zugang zum Arbeitsmarkt müssen vor allem Österreicher haben", stellte die stellvertretende FPÖ-Bundesparteioberfrau Barbara Rosenkranz heute unmißverständlich fest. Sie forderte die Regierung anlässlich ihrer heute zu Ende gehenden Klausur auf, sich nicht länger in Schönfärberei zu ergehen, sondern sich endlich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen. Vor allen die "Heilige Kuh Zuwanderung" müsse geschlachtet werden, wolle man wieder einen funktionsfähigen Arbeitsmarkt.

"Wenn das Verfahren eines Asylwerbers nicht innerhalb von drei Monaten rechtskräftig abgeschlossen ist, was in der Realität praktisch nie der Fall ist, bekommt er Zugang zum Arbeitsmarkt." Dies sei europaweit einzigartig. Aber auch am Arbeitsmarkt müsse gelten: "Österreich zuerst."

(OTS, 14.09.05)

„Auch das ist offen zu sagen: Hinter beinahe jedem Asylwerber steht ein Schlepper. Die Schlepperei ist das zurzeit lukrativste Geschäft der organisierten Kriminalität, hat den Waffenhandel und den Drogenhandel sozusagen überflügelt. Das heißt: In dieser Materie besteht bedauerlicherweise – oder sozusagen, natürlicherweise – ein ganz, ganz enger Kontakt zum internationalen Verbrechen. Weiters: Die Ersteinvernahme muss an der Grenze geschehen, und das Flüchtlingslager Traiskirchen – das sage ich als Niederösterreicherin – muss baldigst geschlossen werden!“

(XXII. GP, 81. Sitzung, 21.10.2004)

"Das heißt, Zuwanderung belastet den Sozialstaat und stützt ihn nicht", erläuterte Rosenkranz. Außerdem stelle Zuwanderung eine scharfe Konkurrenz für heimische Arbeitnehmer dar, die zu hoher Arbeitslosigkeit führe. Das wiederum verursache hohe Sozialkosten und belaste letztendlich die Volkswirtschaft insgesamt.

(OTS, 23.09.03)

Wichtige Wanderungsanreize sind die attraktiven Sozialleistungen in Westeuropa und Mitteleuropa. Faktum ist auch, daß Zuwanderer während der ersten zehn Jahre jährlich über 2000 Euro mehr an öffentlichen Leistungen bekommen als sie an Steuern und Abgaben bezahlen. "Der Vorschlag von Klubobmann Peter Westenthaler, die Sozialleistungen für Zuwanderer dem Niveau ihres Herkunftslandes anzupassen, ist somit ein diskussionswürdiger Vorschlag, der Expertenmeinungen aufgreift", wies Rosenkranz die empörten Reaktionen zurück. Bezüglich einer EU-Osterweiterung setzten die NÖ Freiheitlichen weiter auf "Standards statt Fristen": "Eine Erweiterung dürfe es nur dann geben, wenn das Lohnniveau in den Oststaaten annähernd dem EU-Standard entspreche. Künstlich gesetzte Fristen würden dem Erweiterungsprojekt keinesfalls dienlich sein, sondern dieses letztlich gefährden", betonte Klubobfrau Rosenkranz abschließend.

(OTS, 02.07.02)



## ... Kriminalität in Österreich

Das Thema Sicherheit ist nicht unerwartet im Mittelpunkt der Rede von Landesobfrau Barbara Rosenkranz beim 29. Parteitag der NÖ Freiheitlichen in Stockerau gestanden. In der Kritik war vor allem die "schrackenlose Einwanderung". Denn es sei "eine importierte Kriminalität, unter der wir stöhnen". Mit der schrankenlosen Einwanderung sei eine "ungeheure Steigerung der Kriminalität" verbunden. "Wir sind in unserem eigenen Land nicht mehr sicher." Es seien "die harten Fakten, die das bestätigen", so Rosenkranz. Innenministerin Maria Fekter (V) sei dabei "völlig hilflos" und "dilettiert". "Lassen wir die Verbrecher erst gar nicht ins Land", sagte Rosenkranz beim Parteitag. Die FPÖ werde mit ihrer Forderung "Grenzen sichern, um die Heimat zu schützen" nicht nachlassen. (Österreich, 20.02.10)

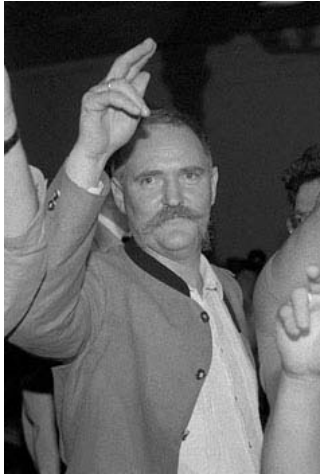
Die politisch Verantwortlichen müssen ihr multikulturelles Wunschdenken ablegen und in die Realität zurückkehren, wenn sie nicht, sei es auch ungewollt, der organisierten Kriminalität Vorschub leisten wollen. Ein entschlossenes Vorgehen ist notwendig, um die Menschenhändler zu stoppen. (Krone-Leserbrief, 22.10.09)

"Österreich, insbesondere die Ostregion, wird regelrecht ausgeplündert! Berufskriminelle fahren ungehindert über die Grenze bis vor unsere Haustüre. Aus den Einbrüchen "erwirtschaften" sie mittlerweile ein Einkommen, von dem die meisten Österreicher nur träumen können!" so die Landesrätin weiter. "Es war ohne Zweifel die Grenzöffnung, die zu diesen katastrophalen Zuständen geführt hat. Unsere Grenzsoldaten sind seither dazu verdammt, von Wald und Wiese aus diesem Treiben hilflos zuzusehen, während auf der Straße Schmuck, Elektrogeräte und Ersparnes der Österreicher in die Ostländer verschoben werden. Systematische Kontrollen an der Grenze oder im Hinterland sind den Grenzschützern verboten!" so Rosenkranz. Für die Landesrätin liegt die Lösung dieses Problems auf der Hand: "Die Regierung braucht im Schengener Exekutivausschuss nur bekanntgeben, dass die Grenzkontrollen wiederaufgenommen werden, bis den Verbrecherbanden nachhaltig das Handwerk gelegt ist!" (OTS, 26.05.09)

Rosenkranz verwies auch auf die liberale Asylpolitik, welche "die Straftäter regelrecht anzieht". Der seit Jahren zu verzeichnende massive Anstieg der Kriminalität wäre "ganz klar importierte Kriminalität". Mit der Schengenerweiterung 2008 wäre für Österreich ein weiterer Anstieg zu erwarten. (OTS, 21.03.07)

Wie Rosenkranz ausführte, lägen die Ursachen für die steigenden Kriminalitätszahlen wohl kaum darin, daß die österreichische Bevölkerung Jahr für Jahr krimineller werde. Die Tatsache, daß laut Rechnungshof 42 Prozent der Asylwerber sich noch während ihres Verfahrens in die Illegalität absetzen würden, trage nämlich durchaus zur Verschärfung der Kriminalitätsproblematik bei. Mit dem neuen Asylgesetz werde dieser Entwicklung Einhalt geboten, da es die rasche Unterscheidung erlaube zwischen denjenigen, die tatsächliche Asylgründe hätten, und jenen, die das Asyl nur als Vorwand mißbrauchen würden. Rosenkranz schloß sich in diesem Zusammenhang auch der Forderung der freiheitlichen Sicherheitssprecherin Helene Partik-Pablé nach einem Sicherheitsgipfel an. Auch die Wiedereinführung der Visumpflicht für rumänische Staatsbürger sollte diskutiert werden, da diese den Hauptanteil an Kriminaltouristen ausmachen würden. (OTS, 28.10.03)

## ... Horst Jakob Rosenkranz



„Mein Mann gibt eine Zeitung („Fakten“, Anm.) heraus, in der sehr reputierliche Leute schreiben. Ich sehe das nicht so, dass er eine Schlüsselfigur der rechtsextremen Szene ist.“  
 Befragt zur Existenz von Gaskammern und dem Recht auf freie Meinungsäußerung: „Es wird kein vernünftiger Mensch die Geschichte und die Ergebnisse verdrehen und leugnen wollen.“  
 (Morgenjournal, 03.03.10)

Ein Zeichen für die neue Stärke von Rosenkranz ist die Wiedereingliederung des Ehegatten Horst Jakob in das politische Leben der FPÖ. Dessen rechtsradikale Vergangenheit und seine nie abgebrochenen Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen waren jahrzehntelang selbst unter Freiheitlichen verpönt gewesen. Nun referiert Herr Rosenkranz wieder in Parteilokalen. Die FPÖ Amstetten feiert ihn auf ihrer Homepage als "unermüdlichen Kämpfer gegen (...) die Diktaturen fremder Mächte in unserem Staat". Barbara Rosenkranz, von profil dazu befragt, was darunter zu verstehen sei, sagt: "Das wird wohl unter dem Zeichen der Globalisierung gemeint sein. Die Diktatur der Konzerne ist ja auch wirklich ein Faktum." In der rechtsextremen Postille "fakten", die der Gatte periodisch herausgibt, liest sich das, antisemitisch aufgerüstet, so: "Der alte Traum der Kosmopoliten, mithilfe des Geldes den Bibelauftrag, die ganze Welt zu beherrschen, zu verwirklichen, scheint mit dem Instrument der Globalisierung in greifbare Nähe gerückt zu sein." (profil, Christa Zöchling, 05.11.07)

Rosenkranz hat sich von der geistigen Welt ihres Gatten nie distanziert. Seit Jahrzehnten sieht man die Eheleute bei Jul- und Sonnwendfeiern im rechtsextremen Milieu, friedlich vereint. Sogar ihre Kinder spielen dort mit der Geige auf. [...]

Sie könne im politischen Engagement ihres Mannes "nichts Ehrenrühriges sehen", sagte Rosenkranz im Jahr 1993, als sie in den niederösterreichischen Landtag kam. Die Frage, ob sie seine politische Haltung teile, wollte sie "nicht pauschal beantworten". Aber natürlich kenne sie die Schriften ihres Mannes, sie bessere seine Punkt- und Beistrichfehler aus. (profil, Christa Zöchling, 05.11.07)

Barbara Rosenkranz, FP-Obfrau in Niederösterreich und Nationalratsabgeordnete, muss sich wegen der Aktivitäten ihres Mannes immer wieder Fragen im Hinblick auf die Abgrenzung zu Rassismus und Rechtsextremismus stellen lassen.

Jüngsten Anlass dazu gaben Aufkleber, die von ihrem Mann Horst Jakob herausgegeben wurden. Darauf befindet sich der Aufdruck: "Die Indianer konnten die Einwanderung nicht stoppen. Jetzt leben sie in Reservaten." [...]

Barbara Rosenkranz, FP-Familiensprecherin und Mutter von zehn Kindern, will sich dazu - wie auch bei ähnlichen Anlässen in der Vergangenheit - nicht äußern. "Ich bin nicht die Gouvernante meines Mannes", wehrt sie eine Stellungnahme ab.  
 (Presse, 09.08.03)

Barbara Rosenkranz, die Kandidatin Nummer fünf auf der FPÖ-Wahlkarte für die niederösterreichische Landtagswahl, glaubt "überhaupt nicht", daß die politischen Aktivitäten ihres Mannes, die tief ins rechtsradikale Lager hineinreichen, ihre Kandidatur beeinträchtigen könnten. "Ich kann nur sagen, daß Eheleute ja nicht unbedingt füreinander haften", sagt sie im Standard-Interview gleich zu Beginn. "Ich mache meine Sachen, mein Mann seine."  
 (Standard, Thomas Mayer, 03.04.93)



## ... EU-Verfassung, Vertrag von Lissabon

### Fels in der Brandung

Die einzige Abgeordnete der FPÖ, Barbara Rosenkranz, hatte am 11. Mai 2005 bei der Abstimmung über die EU-Verfassung mehr Mumm als alle anderen sogenannten Volksvertreter zusammen. Sie brachte mit ihrer Gegenstimme im Parlament das zum Ausdruck, was die Mehrheit der Österreicher will: Frei, neutral und unabhängig zu bleiben statt sich in einem EU-Einheitsstaat aufzulösen. „Demokratie bedeute die Herrschaft und nicht die unterwerfende Beherrschung des Volkes“, erklärte Barbara Rosenkranz damals, als die FPÖ mit nur einem Abgeordneten im Parlament vertreten war. (FP-Bürgermagazin, EU-Wahlkampf 2009)

Es ist eine beispiellose Missachtung des Souveräns, die jetzt als Reformvertrag kosmetisch überarbeitete EU-Verfassung an den Österreichern - ohne die Möglichkeit, darüber abzustimmen - vorbeimogeln zu wollen“, kritisiert Rosenkranz und versichert abschließend: "Wir werden den Menschen im Zuge unserer Petition verdeutlichen, dass ein Inkrafttreten dieses Vertragswerkes eine de facto-Aufhebung unserer österreichischen Bundesverfassung bedeutet, mit all den dramatischen Folgen, die eine völlige Abtretung souveräner Hoheitsrechte nach sich zieht." (OTS, 19.10.07)

Strache und Rosenkranz kündigen Petition für Volksabstimmung über EU-Verfassung an  
FPÖ-Obmannstellvertreterin Barbara Rosenkranz bezeichnete die Petition als bitter notwendig, denn eine selbsternannte Elite entferne sich immer mehr von den Vorstellungen und dem Willen der Bevölkerung. Die FPÖ werde mit allen Kräften gegen diese Entwicklung ankämpfen. Rosenkranz ortete eine tiefe Kluft zwischen dem Volk und den von ihm entsandten. Dies führe zu Politikverdrossenheit und sinkender Wahlbeteiligung. Die FPÖ wolle die Menschen bewegen, trotzdem von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. (OTS, 14.08.07)

In Bezug auf den Türkei-Beitritt zur Europäischen Union wäre ebenfalls deutlich erkennbar wie "wenig ehrlich wirklich debattiert wird", wenn Außenministerin Plassnik zwar den Verhandlungen für einen Vollbeitritt zugestimmt habe, der Ausgang dieser allerdings "offen" sei. "Wenn sich hier die Bürger nicht auflehnen wird die Türkei der EU beitreten", folgert Rosenkranz.

Eine offene Diskussion dieser Themen und die Vertretung der Mehrheitsmeinung der österreichischen Bürger in Brüssel müssten vorbehaltlos umgesetzt werden. "Die Linie der FPÖ stellt sich klar dar: Wir sind bewusste Europäer und begeisterte Österreicher. Wir sind allerdings nicht bereit, österreichische Interessen am Altar der EU zu opfern", schließt Rosenkranz. (OTS, 07.03.07)

EU-Verfassung: Rosenkranz bleibt bei Forderung nach Volksabstimmung  
Die freiheitliche Abgeordnete Barbara Rosenkranz bekräftigte heute ihre Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Verfassung. Völlig unverständlich sei die Angst der schwarz-orangen Regierung vor der direkten Demokratie. "Was soll man von einer Regierung halten, die dem eigenen Volk nicht traut?"



Für Rosenkranz ist das geeignete Gremium, um über die EU-Verfassung zu entscheiden, das österreichische Volk. Neun europäische Länder würden in nationalen Volksabstimmungen über die Verfassung befinden, und was für Franzosen, Engländer oder Dänen billig sei, müsse auch für Österreicher recht sein.  
(OTS, 13.05.05)

## ... Politische Klasse

Presse: Wie beurteilen Sie die Arbeit von Bundespräsident Heinz Fischer?  
Rosenkranz: Er hat sich in allen entscheidenden Fragen auf die Seite der politischen Klasse gestellt. Er ist ein Mann dieser politischen Klasse.  
(Presse, 03.03.10)

## ... Homo-Ehe

"Auch die Parteinahme für Homosexuelle rührt daher. Rechte für Gleichgeschlechtliche bis hin zur so genannten Homo-Ehe werden deswegen gefordert, weil man so die Zweigeschlechtlichkeit weiter aufweichen und verwirren kann." (O-Ton Rosenkranz nach profil, Eva Linsinger, 17.11.08)

Für die FPÖ gelte nach der Wahl, was auch vor der Wahl gegolten habe. Ungleiches könne nicht gleichgestellt werden. Rosenkranz: "Die Ehe dient dem Schutz der Verbindung von Mann und Frau, weil sie für Kinder offen ist, weil so das Leben weitergegeben wird. Was die ÖVP tut", erklärt die freiheitliche Familiensprecherin abschließend, "ist Wählertäuschung. Wer den Menschen vor Wahlen Zusagen mit geplant kurzem Ablaufdatum macht, darf sich über Politikerverdrossenheit nicht wundern."  
(OTS, 27.03.08)

„Der Appell – damit er in diesem Hause auch einmal gehört wird – an die katholischen Politiker Europas lautet: Werden homosexuelle Lebensgemeinschaften rechtlich anerkannt oder werden sie der Ehe gleichgestellt, indem man ihnen die Rechte gewährt, die der Ehe eigen sind, ist es geboten, klar und deutlich dagegen Einspruch zu erheben und sich jeder Art formeller Mitwirkung zu enthalten. [...] Den freiheitlichen Staat interessieren private Beziehungen zwischen Personen nicht. Allerdings gibt es eine Beziehung, die ihn interessiert und die in einer ganz bewussten Privilegierung herausgezogen ist: Das ist die Ehe als dauerhafte Beziehung zwischen einem Mann und einer Frau mit der Ausrichtung auf Kinder, mit dem Vorsatz, Kinder zu zeugen und aufzuziehen.“  
(XXIII. GP, 4. Sitzung, 29.11.2006)

"Es kann keine Rede von Diskriminierung sein, wenn Ungleiches unterschiedlich behandelt wird", meinte heute FPÖ-Familiensprecherin Barbara Rosenkranz zur aktuellen Diskussion hinsichtlich Gleichstellung homosexueller Paare. Eine Ehe zwischen Mann und Frau sei vom Prinzip her darauf ausgerichtet, sich zu einer Familie zu erweitern, weshalb der Staat auch ein besonderes Interesse habe, hier einen optimalen Schutz zu gewähren. In erster Linie müsse an das Wohl des Kindes gedacht werden. "Kinder haben ein Grundrecht auf Mutter und Vater", so Rosenkranz. "Das ist bei homosexuellen Ehen vom Prinzip her anders. In erster Linie wird da an die Bedürfnisse des Paares gedacht."



Das Land braucht starke Familien mit Kindern. Es wäre der falsche Weg vom klassischen Familienbild abzugehen, so Rosenkranz abschließend, die sich damit mit ihrer Meinung voll und ganz auf dem Boden des freiheitlichen Parteiprogramms sieht.

(OTS, 18.08.04)

## ... Gender Mainstreaming

Bei dem Projekt Gender-Mainstreaming geht es nicht um Frauenförderung. Gender-Mainstreaming hat auch mit den Männern einiges vor. Doch es handelt sich nicht, wie gerne dargestellt, um ein Förderprogramm für Frauen und Männer. Gender-Mainstreaming will etwas ganz anderes. Es will, auf einer sehr zweifelhaften Theorie fußend, völlig neue Rollenbilder schaffen, bei denen die Kategorien Mann und Frau keine Bedeutung haben. Gender-Mainstreaming will nicht die Lage des Menschen verändern, sondern den Menschen selbst.

(Krone-Leserbrief, 23.11.08)

In der Welt, wie Rosenkranz sie sieht, will aber ein ungewöhnliches Bündnis aus Kapitalisten, Marxisten und Feministinnen unter dem Titel Gender Mainstreaming die Geschlechter abschaffen: "Die Gender-Theorie geht weit über die vordergründig behauptete Gleichstellung hinaus. Sie ist nichts weniger als die versuchte Abschaffung biologisch bedingter Geschlechter, das Ende von Mann und Frau." [...] "Schon dass man sich eines so genannten Neusprechs und nicht der jeweiligen Landessprache bedient, legt nahe, dass hier ausgeklügelte Tarn- und Umwegstrategien zur Anwendung kommen", schreibt sie. [...]

Der Beschluss zur Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe zu Gender Mainstreaming wurde in Österreich übrigens im Juli 2000 gefasst - also unter der wenig später zurückgetretenen FPÖ-Frauenministerin Elisabeth Sickl. Ausgerechnet die betuliche Sickl - eine Agentin einer Verschwörungsgruppe aus Marxisten, Kapitalisten und Feministinnen? [...]

"Gender Mainstreaming ist ein Erziehungsprogramm für Männer und Frauen, das nicht weniger will, als den Menschen selbst verändern. Das ist ein nicht legitimer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte." (profil, Eva Linsinger, 17.11.08)

Die FPÖ-Landesrätin leitet die Gender-Idee vom Marxismus her. Ein wenig schimmert bei ihr der Verdacht der Weltverschwörung durch. Eine Minderheit versuche, der Mehrheit ihre Ideologie aufzuzwingen.

(Presse, Oliver Pink, 15.11.08)

"Die hohe Lehre des Zeitgeists paart sich mit der materiellen Macht des Kapitals", schreibt die freiheitliche Politikerin. Ziel sei nichts weniger als die radikale Veränderung der Menschheit. Mann und Frau würden abgeschafft, bald existiere nur noch die geschlechtslose Arbeitskraft, die dem Kapital diene, so der Plan, ausgeheckt von einer seltsamen Troika aus durchgeknallten Emanzen, Marxisten und Kapitalisten. [...]

Denn die Idee von Gender Mainstreaming, einem Instrument, um Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen durchzusetzen, wurde laut Rosenkranz "nicht aufgebaut, um in universitären Zirkeln diskutiert zu werden, sie wurde entwickelt, um den alltäglichen Wert eines jeden, umzugestalten".

(Falter, Nina Horaczek, 08.10.08)

## ... Islam

"Es ist in der heutigen Zeit unglaublich, dass unter dem Deckmantel



der Religionsfreiheit und mit Genehmigung der Behörden Tierquälerei der schlimmsten Art betrieben wird. Wir Freiheitlichen haben uns immer für ein Verbot des Schächtens ausgesprochen, während ÖVP, SPÖ und die Grünen mit dem Schächten offensichtlich kein Problem haben", führte Rosenkranz aus. "Wir Freiheitlichen teilen den Standpunkt der Tierschutzorganisationen. Es darf keinen 2-Klassen-Tierschutz geben. Denn jeder, der ein Tier auf diese grausame Weise tötet und sich nicht auf seine Religion berufen kann, begeht eine Straftat und kann wegen schwerer Tierquälerei verurteilt werden. Es ist technisch überhaupt kein Problem, die Tiere zu betäuben, bevor man ihnen die Kehle durchschneidet. Und das ist laut zahlreichen islamischen Religionswissenschaftlern auch durchaus mit deren Glaubensregeln vereinbar", erklärte Rosenkranz.  
(OTS, 01.02.04)

### **... Minderheitenpolitik, Benes-Dekrete**

"All jene EU Vertreter, die die Billigung der Benes Dekrete zu verantworten haben, nur um den fragwürdigen Vertrag von Lissabon durchzubringen, sollten sich schämen!", sagt LR Barbara Rosenkranz im Bezug auf die Ausnahmeregelung Tschechiens bei der EU Charta. "Man nimmt hier in Kauf, dass Menschen und völkerrechtswidrige Gesetze unanfechtbar bleiben, die politische Klasse schweigt sich darüber aus!", so Rosenkranz weiter. Sie kritisiert, dass es weder in Österreich noch in Deutschland zu einem politischen Aufschrei und diplomatischen Konsequenzen gekommen ist. Im Gegenteil, man habe sich von den Tschechen eiskalt erpressen lassen.  
(OTS, 30.10.09)

Die freiheitliche Vertriebenen Sprecherin Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz unterstützte heute die Forderung der Kärntner FPÖ, keine weiteren zweisprachigen Ortstafeln für Kärnten zuzulassen, solange nicht Slowenien seinerseits deutliche Zeichen im Geiste einer gesamteuropäischen Lösung setze. Rosenkranz unterstrich, daß die österreichische Minderheitenpolitik vorbildlich und beispielgebend für ganz Europa sei. Leider sei dies bei unseren Nachbarstaaten im Umgang mit den altösterreichischen Minderheiten nicht der Fall. Die freiheitliche Vertriebenen Sprecherin verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß in Slowenien noch immer die AVNOJ-Beschlüsse und in Tschechien die Benes-Dekrete Gesetzeskraft hätten.  
(OTS, 12.04.06)

Die Dekrete seien die legislative Grundlage für die Vertreibung und Enteignung von drei Millionen Menschen, erinnerte Rosenkranz. 242.000 Menschen seien in dieser "ethnischen Säuberung ungeheuren Ausmaßes" ums Leben gekommen. "Sie sind in Kraft. Sie sind nicht totes Recht. Sie sind lebendiges Unrecht", sagte Rosenkranz zu den Benes-Dekreten.  
(OTS, 03.12.03)



## ... Drogenpolitik

"Das Motto ‚Therapie statt Strafe‘ hat nur dann Sinn, wenn die Therapie auch streng überprüft wird", betonte Rosenkranz. Es sei völlig widersinnig, wenn sich jemand in ein Therapieprogramm begeben, sich dann aber niemand darum kümmere, ob er diese Therapie auch tatsächlich durchführe.

In diesem Zusammenhang forderte Rosenkranz auch ein schärferes Vorgehen gegen den Drogenhandel. So müssten die Mindeststrafen für Dealer erhöht werden. Eine lebenslange Höchststrafe schrecke kaum jemanden ab, da sie in der Realität so gut wie nie ausgesprochen werde. Eine empfindliche Erhöhung der Mindeststrafen hingegen hätte eine deutlich abschreckende Wirkung.

(OTS, 18.04.05)

Rosenkranz forderte ein radikales Umdenken. "Es gibt keine harmlosen Drogen", stellte sie unmißverständlich klar. Für jeden, der an der Nadel hänge, sei Cannabis die Einstiegsdroge gewesen. Eine Verniedlichung von Cannabis sei daher unverantwortlich und nicht zu tolerieren. Der Weg vom Joint zur Heroinspritze sei oft kürzer, als so mancher die Öffentlichkeit glauben machen wolle. Gerade im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung und speziell hinsichtlich der Krankheit Aids müsse daher auf die Bekämpfung auch sogenannter "weicher" Drogen vermehrt Augenmerk gelegt werden.

(OTS, 01.12.04)

Die Strafen für Drogenhändler seien noch immer viel zu niedrig, Drogendealer seien "Mörder auf Raten", daher wären lebenslängliche Haftstrafen in vielen Fällen gerechtfertigt, betonte Rosenkranz. Die Exekutive, der jetzt ein Riesenerfolg gegen die nigerianische Drogenmafia gelungen sei, verdiene eine wirkungsvollere Unterstützung durch den Gesetzgeber, und die Suchtgiftabteilungen von Polizei und Gendarmerie müssen personell aufgestockt und besser ausgerüstet werden, um einen "gnadenlosen Kampf" gegen die Drogenkartelle führen zu können. Schließlich müsste auch die "sogenannte" Grenzmengenverordnung, die den Besitz von 5g Rauschgift straffrei stellt, ersatzlos gestrichen werden.

(OTS, 28.05.99, identisch 29.03.99)

## ... Kultur

Richard Wagners Werke sind ein Eckpfeiler unserer europäischen Kultur. [...] Werkgetreue Inszenierungen sind zurzeit leider eine Seltenheit. Bedauerlich ist daher, dass das Ersuchen der Festspielleitung an Bund, Land und Stadt, die Fortsetzung des Festivals angemessen zu unterstützen, bisher keine Antwort erfahren hat. Das ist umso unverständlicher, als für Projekte wie die "Subversivmesse" Geld in Hülle und Fülle zur Verfügung steht. Während die Landesregierung Veranstaltungen unterstützt, die sich für "Rebellion, Aufstand und Anarchie" einsetzen, wird unser kulturelles Erbe sträflich vernachlässigt. (Krone-Leserbrief, 05.06.09)



Hochamüsant findet es die Landesparteiobfrau der FPÖ Niederösterreich, NAbg. Barbara Rosenkranz, dass die ÖVP ihre Regierungsklausur ausgerechnet im Nitsch-Museum in Mistelbach abhalten wird. Das wahrlich ansprechende Ambiente der Schützbilder sei von aussagestarker Symbolkraft für die Qualität der Regierungsarbeit, bei der auch schon so manches verschüttet worden sei. (OTS, 25.06.07)

## Vita Horst Jakob Rosenkranz

Ehemann Horst Jakob Rosenkranz war bei der NDP und der Liste "Nein zur Ausländerflut" vorne mit dabei - nach deren Verbot zog er sich auf dem Familienwohnsitz in Seebarn nördlich von Korneuburg zurück und versorgte die Kinder. Und er versorgte die rechte Szene mit der Publikation "Fakten". (Standard, Kopf des Tages, 01.03.10)



Horst Jakob Rosenkranz ist Herausgeber der Zeitschrift „Fakten“, die ausländerfeindliche Propaganda verbreitet und neonazistische Straftäter als "Opfer politischer Verfolgung" sieht. Dahinter steht die rechtsextreme Kleinpartei "Kritische Demokraten", die laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes als Bindeglied zwischen der neonazistischen Szene und der FPÖ gilt. Barbara Rosenkranz hat sich von den Machenschaften ihres Mannes nie distanziert. (Kurier, Magdalena Rauscher-Weber, 28.02.10)

Und da ist vor allem der vorbildliche Vater und Hausmann, Horst Jakob Rosenkranz. Er ist Herausgeber der Zeitschrift Fakten, die ausländerfeindliche Propaganda verbreitet und neonazistische Straftäter als "Opfer politischer Verfolgung" sieht. Dahinter steht die rechtsextreme Kleinpartei "Kritische Demokraten", die laut Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes als Bindeglied zwischen der neonazistischen Szene und der FPÖ gilt. (Kurier, Magdalena Rauscher-Weber, 28.02.10)

"Endlich! Ausländervolksbegehren ist da!", jubelten die "Fakten" des Barbara-Rosenkranz-Ehemanns Horst-Jakob Rosenkranz. Stars der ultrarechten Szene engagierten sich persönlich: Gottfried Küssel, dessen "Volkstreue außerparlamentarische Opposition" (VAPO) die "erneute Machtergreifung" forderte, zeigte sich "glücklich über Haider's Ausländerpolitik". Gilbert Link, "bekenrender Nationalsozialist" aus Küssels Wehrsportgruppe (der auch der Sohn des FP-Abgeordneten Hans Jörg Schimanek angehörte), verteilte vor der freiheitlichen Bildungszentrale Volksbegehrens-Flugzettel. Der mehrfach verurteilte Neonazi Gerd Honsik unterstrich seine Seniorität: "Grundlage des FP-Erfolges war der von Haider klar geforderte Einwanderungsstopp, wobei er Wortwahl und Zielsetzung von unserer rechtswidrig verbotenen Liste, Nein zur Ausländerflut' wortgetreu übernahm." (profil, Peter Michael Lingsens, 27.10.08)

Als Frau Rosenkranz im Herbst 1989 der FPÖ beitrug, war Herr Rosenkranz schon einschlägig bekannt. In den achtziger Jahren hatte er sich mit Norbert Burger in der NDP engagiert, die bald darauf verboten wurde. Auch die Partei "Nein zur Ausländerflut", die er 1990 mit dem Holocaust-Leugner Gerd Honsik gründet, darf wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung nicht kandidieren. Rosenkranz verlor seinen Job als Cutter in einer dem ORF nahestehenden Filmfirma und wurde Hausmann. Er beschränkte sich von da an auf die Herausgabe der "fakten" und die Pflege eines einschlägigen Netzwerkes, aus dem übrigens auch der derzeitige Pressesprecher von Frau Rosenkranz stammt. (profil, Christa Zöchling, 05.11.07)

1982 rief Norbert Burger gemeinsam mit Horst-Jakob Rosenkranz, dem Gatten der stellvertretenden FPÖ-Chefin Barbara Rosenkranz, die "Ausländer Halt"-Bewegung ins Leben, 1984 die Nationale Front. Beide Vereine wurden schon in der Gründungsphase nach dem NS-Verbotsgesetz untersagt. (profil, Christa Zöchling, 27.08.07)



Mit dem Verbotsgesetz kam Horst Jakob Rosenkranz dennoch nie in Konflikt.  
(Presse, 07.04.03)

NÖN: Die NDP ist nach dem NS-Verbotsgesetz verboten worden?

HJ Rosenkranz: Ja.

NÖN: Sehen Sie das Verbot als gerechtfertigt an?

HJ Rosenkranz: Es muss jeder Staat selbst wissen, wie viel Demokratie er seinen Bürgern zumutet.

NÖN: Was sagen Sie zum Verfassungsgerichtshof-Urteil zum Verbot der Liste "Nein zur Ausländerflut"?

HJ Rosenkranz: Ja, ich habe das damals juristisch bekämpft.

NÖN: Die Tätigkeit ist beurteilt worden als "unzulässiger Akt nationalsozialistischer Wiederbetätigung". Was sagen Sie dazu?

HJ Rosenkranz: Was soll ich sagen, das ist wirklich Sache des Verfassungsgerichtshofes.

NÖN: Sie sehen also keinen Akt nationalsozialistischer Wiederbetätigung darin?

HJ Rosenkranz: Ich enthalte mich da jeglichen Kommentars. Ich habe meine Meinung, die steht in der Einwendung die ich gemacht habe - mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

NÖN: "Rassenpolitische Pläne und Vorhaben" sind auch in dem Urteil angeführt worden. Inwiefern?

HJ Rosenkranz: Da müssen Sie den Verfassungsgerichtshof fragen, nicht mich.

(NÖN, Mario Wally, 22.08.01)

Der 1943 geborene Seebärner machte - nach seiner Mitarbeit in der Nationaldemokratischen Partei (NDP), zu der auch Gottfried Küssel - mehrfach wegen des Verbotsgesetzes inhaftiert - Kontakte pflegte, vor allem 1990 von sich reden.

Damals kandidierte er als Spitzenkandidat der Liste "Nein zur Ausländerflut" zur Nationalratswahl - eine Kandidatur, die die zuständige Kreiswahlbehörde auf Grund des Verbotsgesetzes, wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung, untersagte. Die daraufhin eingebrachte Klage am Verfassungsgerichtshof wurde ebenfalls abgewiesen.

Die Kandidatur, heißt es im Urteil, müsse als "unzulässiger Akt nationalsozialistischer Wiederbetätigung gewertet" werden. Konkrete Begründungen sah das Verfassungsgericht in der Tatsache, dass seitens der Partei vorwiegend "rassenpolitische Pläne und Vorhaben" verfolgt würden und die Wahlwerbung (siehe Faksimile) in "deutlicher Anlehnung an die hetzerisch-rassistischen Parolen der Nationalsozialisten" angelehnt sei.

Ende des Jahres 1990, beziehungsweise Beginn 1991 gründete Horst Jakob Rosenkranz den "Verein zur Förderung der ganzen Wahrheit", der 1991 in der Partei "Kritische Demokraten" mündete.

Als Organ der, laut DÖW, rechtsextremen "Kritischen Demokraten" fungierte und fungiert die von Horst Jakob Rosenkranz heraus gegebene Monats-Zeitschrift "Fakten".

Rosenkranz nach einer Anfrage eines, seine Veranstaltung besuchenden Burschenschafters: "Es ist schändlich, dass die FPÖ ihre Randgruppen so im Stich lässt." Es sei aber klar, so Rosenkranz weiter, dass "innerhalb des legalen Rahmens, noch genug Arbeit auf uns wartet".

Zu Zielen der "Kritischen Demokraten" äußerte sich Rosenkranz im Frühjahr so: "Wir Rechtsextremen müssen uns besser organisieren und ich sehe heute Abend alleine 15 Führer unterschiedlicher Organisationen bei mir. Da muss jeder seine Informationen weiter geben, denn irgendwann kommt der Tag, an dem wir unsere Sühne einklagen werden."

(NÖN, Mario Wally, 22.08.01)

Rosenkranz wird (vom DÖW) als "ehemaliger NDP-Aktivist" bezeichnet. "Fakten" konzentrierte sich vor allem auf "ausländerfeindliche Propaganda und die Verteidigung neonazistischer Straftäter, die als ‚Opfer politischer Verfolgung‘ und ‚Dissidenten‘ gesehen werden." (Presse, 03.05.00)

Hans Henning Scharsach ("Hitlers Clan") listet folgende Aktivitäten Horst Jakob Rosenkranz' auf: Gemeinsame Aktionen mit NDP und ANR-Aktivisten; Kontakte zu Neonazi-Führer Gottfried Küssel; 1990 Spitzenkandidatur auf der Liste "Nein zur Ausländerflut"; Teilnahme an Veranstaltungen zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß; Mitbegründung einer Zeitschrift namens "Fakten", in der Ausländer als "Tumor, der ins gesunde Leben einwandert, wuchert, es zerstört" bezeichnet werden. (SN, 15.05.98)



Und auch 1993 sorgten maßgebliche Vertreter der "Olympia" für Schlagzeilen, als sie in einem Leserbrief an die von Horst Jakob Rosenkranz herausgegebene rechtsextreme Zeitschrift "fakten" diese zu mehr Solidarität mit dem zu zehn Jahren Haft verurteilten Neonazi und VAPO-Gründer Gottfried Küssel ermahnten. Zur Erklärung: Horst Jakob Rosenkranz, der Ehemann der niederösterreichischen FP- Abgeordneten Barbara Rosenkranz, hatte zuvor erklärt "dazu schweigen zu müssen". Die Replik der "Olympia": "Niemand darf dazu schweigen, jeder muß im Rahmen seiner Möglichkeiten zu diesem Unrecht Stellung beziehen."  
(SN, 11.10.96)

Obmann der Kritischen Demokraten ist der Rechtsextremist Horst Jakob Rosenkranz, dessen Frau Barbara niederösterreichische FPÖ-Landtagsabgeordnete ist. Die Liste des Vereinsvorstands der Kritischen Demokraten liest sich wie eine Mitgliederliste der VAPO des Gottfried Küssel.  
(Standard, Michael Völker, 05.02.94)

Über Rosenkranz sagte die Wahlbehörde in ihrem Untersagungsbescheid (den der Verfassungsgerichtshof dann bestätigte): "Jakob Horst Rosenkranz war seit 1983 bei zahlreichen NDP-Versammlungen anwesend und trat bei diesen mit Funktionärsaufgaben in Erscheinung. Seiner Mitgliedschaft bei der wegen Verstoßes gegen das Verbotsgesetz keine Rechtspersönlichkeit mehr besitzenden NDP kommt in Hinblick auf seinen engagierten Einsatz mehr als die Rolle eines schlichten Mitläufers zu." [...]

Nach Rosenkranz' gescheiterter Wahlkandidatur taucht er im Verein zur Förderung der ganzen Wahrheit auf, bei dem unter anderem Neonazi-Verteidiger Herbert Schaller (Stichwort: Ochensberger) 1991 die "juristischen Aspekte von Doktor Haiders Fall" erörterte. Im Vorstand dieses Rosenkranz-Vereines, der das Extrem-Blatt "Fakten" herausgibt, saßen 1990 vier Jungrecken aus dem Dunstkreis der Küssel-Bande VAPO. Einer von ihnen, Andreas Sammer, hatte sich 1987 mit einem von Küssel inspirierten Brandanschlag auf das Autonomen- Zentrum in der Aegidigasse in Wien hervorgetan. [...]

Die Fakten schreiben nicht nur wacker gegen "die Umvolkung" an, sie demonstrieren höhnisch auch ihre Inländerfreundlichkeit. Als die Wirtschaftswoche während des FPÖ-Ausländer-Volksbegehrens von der polizeilichen Registrierung von Aufklebern des mehr als eindeutigen Inhalts "Österreicher! Kauft in österreichischen Geschäften! Danke!" berichtete, berichteten darüber die Fakten so: "Das bürgerlich-liberale Blatt stellt befriedigt fest, daß Autoren dieser Aufkleber polizeilich registriert werden. Was hat die Wirtschaftswoche gegen Aufrufe, in österreichischen Geschäften einzukaufen? Welche Nationalität haben jene Wirtschaftstreibenden, deren Interesse sie vertritt?" Soviel zu Rosenkranz.  
(Standard, 02.04.93)

## Kommentare in Zeitungen und im TV

"Frau Rosenkranz ist nicht bürgerlich"

Der Wahlkampf hat noch nicht begonnen, doch die Vorzeichen für diese Auseinandersetzung sind denkbar schlecht. Dafür gibt es drei Gründe. Erstens: Rosenkranz rückt in den Mittelpunkt, weil es die ÖVP versäumt hat, ihren Wählern ein eigenes Angebot zu machen. [...] Zweitens: Die FPÖ hatte offenbar keine einigermaßen akzeptable Alternative zu Rosenkranz. Deren Gesinnung ist nicht bürgerlich. [...] Drittens: Mit einer Appeasement-Politik (von engl. to appease = besänftigen, beschwichtigen) kommt man Strache und Rosenkranz und ihrer Truppe nicht bei. Hier ist Haltung statt Streitvermeidung gefragt. [...] Unter der friedlichen Oberfläche brodelt es gewaltig. Wer mit kultivierter Distanz reagiert, macht einen Fehler. Es ist höchste Zeit, Frau Rosenkranz und die Gesinnung, die sie verkörpert, in die



Schranken zu weisen. **(Kurier, Christoph Kotanko, 04.03.10)**

Barbara Rosenkranz hat recht: Die kruden Ansichten ihres Ehemannes sind kein Argument, ihr akuten Rechtsextremismus zu attestieren. Zwar ist es verstörend, wenn der Mann einer offiziellen Partei-Kandidatin für die Präsidentschaftswahl in seinen Machwerken Parteien als "krebsartiges Übel" bezeichnen lässt und es offenkundig gar nicht goutiert, dass verurteilte Neonazis im Gefängnis landen. **(Kurier, Christian Böhmer, 02.03.10)**

Die FPÖ stellte Barbara Rosenkranz auf, eine gestandene Rechte. Mein Gott, wir hatten auch schon Norbert Burger als Kandidaten, einen gestandenen Neonazi. Er erreichte 1980 3,1 Prozent – Rudolf Kirchschräger, von SPÖ und ÖVP unterstützt (!), siegte mit 79,9 Prozent vor Wilfried Gredler (FPÖ, 17,0) und Burger. Die Standards verschieben sich, Frau Rosenkranz ist näher bei Burger (mit dessen Tochter Strache einmal verlobt war) als bei Gredler, und die ÖVP denkt nicht daran, bei Fischer zu sein. **(Falter, Armin Thurnher, 03.03.10)**

Vergessen wir die altgermanischen Vornamen, die Frau Barbara ihren zehn Kindern gegeben hat. Nehmen wir nur zur Kenntnis, dass Frau Rosenkranz die rechtsextremen Aktivitäten ihres Gatten nie öffentlich abgelehnt hat. Um Frau Rosenkranz selbst politisch richtig einzuordnen, genügt es, dass sie die Leugnung des Holocaust (durch ihren FPÖ-Kollegen John Gudenus) als "freie Meinungsäußerung" bezeichnet hat; und dass sie das Gesetz über das Verbot der nationalsozialistischen Wiederbetätigung doch eher abgeschafft sehen wollte. Barbara Rosenkranz ist eine von jenen stillen extrem Rechten, die gelernt haben, staatsanwaltsicher zu formulieren. Ihr Hauptthema, die Abwehr fremden Blutes von den Grenzen unserer schönen Heimat, wird ohnehin von vielen Leuten geteilt, die da nicht tiefer blicken (wollen). **(Standard, Hans Rauscher, 02.03.10)**

Und mit dem Abschneiden von Barbara Rosenkranz erhalten wir endlich Auskunft über die tatsächliche Mobilisierungskraft am rechten Rand. Denn jetzt wird nicht mehr der Coolnessfaktor bei jungen Discobesuchern gemessen, sondern die Anziehungskraft einer Ideologie, die man in ihrer Gesamtheit nur als rechtsextrem bezeichnen kann. Ein interessantes Experiment. **(Presse, Michael Fleischhacker, 02.03.10)**

Im Herbst 2003 entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Bezeichnung "Kellernazi" für Frau Rosenkranz zulässig sei, da es Fakten gäbe, welche ihre Haltung zum Nationalsozialismus zumindest ambivalent erscheinen lassen.

Wir können nicht akzeptieren, dass in Österreich, nach dem Dritten Präsidenten des Nationalrates, weitere politische Positionen des Landes von "Kellernazis" besetzt werden.

**(OTS der Israelitischen Kultusgemeinde, 02.03.10)**

#### **Schneeberger Klaus (ÖVP)**

Ich würde es so formulieren, ein ÖVP-Wähler, bevor er einen Herr Fischer wählt wird er eine Frau Rosenkranz wählen, aber ich bin überzeugt dass die Mehrheit ungültig wählt.

(ORF, Report, 02.03.10)

#### **Pandi Claus (Kronenzeitung)**

Ich halte das für einen sauberen Schritt, für eine saubere Aufklärung dass der Herausgeber für diese Kandidatin eintritt und eine klare Empfehlung für diese Kandidatin ausgibt. Das halte ich für einen ganz sauberen Vorgang.

#### **Kernmayer Ernst (ORF)**

Na ist das dann auch Blattlinie?



***Pandi Claus (Kronenzeitung)***

Herausgeber-Meinung ist natürlich immer Blattlinie.

***Kernmayer Ernst (ORF)***

Womit hat sich Barbara Rosenkranz diese Unterstützung eigentlich verdient?

***Pandi Claus (Kronenzeitung)***

Es ist die EU-kritische Position, es sind Fragen der Kriminalität, es sind Fragen der Grenzöffnung, das sind alles Themen von denen ich annehme, ich weiß es ja noch nicht, aber von denen ich annehme dass das die Barbara Rosenkranz ansprechen wird.

(ORF, Report, 02.03.10)